

Ob es um die Probleme der Wissenschaftsorganisation geht, um Forschungsvorlauf und Leitungstätigkeit, um die Kontinuität in der Produktion, um das Sparsamkeitsprinzip oder um hohe Plandisziplin — immer steht für die Parteiorganisationen und ihre Leitungen im Vordergrund, eine zielstrebige politisch-ideologische Arbeit zu leisten. Immer geht es darum, mit marxistisch-leninistischer Prinzipienfestigkeit klarzumachen, daß die Lösung jeder volkswirtschaftlichen Aufgabe letztendlich Bestandteil der weltweiten Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus ist. Jede gelöste wissenschaftlich-technische oder Forschungsaufgabe ist ein Plus für den Sozialismus, ein Minus für den Imperialismus. Denn, so sagte Genosse Mittag, „gerade in der Einheit von Aneignung und Durchdrungensein vom Marxismus-Leninismus und aller Erkenntnisse der fortgeschrittenen Naturwissenschaft besteht ein entscheidender Faktor unserer Überlegenheit in der Klassenauseinandersetzung“.

Er erklärte weiter, daß die vor uns stehenden Aufgaben nur dann gelöst werden können, wenn bei allen Fragen von dem vollen Reichtum des marxistisch-leninistischen Ideengutes ausgegangen wird. Das 13. Plenum unterstreicht erneut, wie notwendig das ständige Studium der Lehre des Marxismus-Leninismus für alle, vor allem aber für die leitenden Genossen in Staats- und Wirtschaftsfunktionen ist. Das Plenum machte erneut klar, daß die Einstellung zum Studium des Marxismus-Leninismus, zu den Werken der Klassiker, den Erfahrungen der Sowjetunion und unseren Parteibeschlüssen immer eine Frage der Einstellung zum Sozialismus ist.

Zu den Beziehungen zwischen DDR und BRD

Genosse Walter Ulbricht beantwortete in einer bedeutungsvollen Rede umfassend alle die Fragen, die mit den Beziehungen zwischen dem imperialistischen westdeutschen Staat der Monopole, des Revanchismus und Militarismus und der sozialistischen friedliebenden DDR Zusammenhängen. Er untersuchte die Haltung der Bonner Regierung Brandt zum Vertragsentwurf der DDR und zur Initiative der Sowjetunion für den Abschluß von Gewaltverzichtsvereinbarungen zwischen den europäischen Staaten. Er stellte den Beteuerungen von Brandt, seine Regierung verfolge friedliche Ziele, die ihnen widersprechenden harten Tatsachen in Westdeutschland gegenüber.

In einer überzeugenden Polemik zerpfückte Genosse Ulbricht die fadenscheinigen Ausreden, mit denen die Bonner Regierung ihre Politik der Diskriminierung der DDR zu bemänteln sucht. Vom Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse aus setzte er sich mit Spekulationen des westdeutschen Bundeskanzlers auf die Gefühle der Menschen auseinander, zu einer angeblich noch einheitlichen deutschen Nation zu gehören. Er zeigte, daß es die Klassenauseinandersetzungen sind, die die Gefühle der Menschen hüben und drüben prägen.

Unmißverständlich erklärte Genosse Ulbricht, die sozialdemokratische Parteiführung und die Bonner Regierung sollten zur Kenntnis nehmen, daß alle Täuschungsmanöver ins Leere stoßen werden. Die Bonner Regierung werde sich eine wirklich neue Politik einfallen lassen müssen. Das Leben werde morgen oder übermorgen doch die friedliche Koexistenz zwischen der DDR und der BRD erzwingen. Die allseitige Stärkung der DDR wird diesen Prozeß beschleunigen.

*

Geführt von unserer Partei verwirklichen die Werktätigen im Kampf um die allseitige Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1970, für die maximale Steigerung der Produktivität und Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit, ihr politisches Bekenntnis zur Stärkung unserer sozialistischen Heimat. Alle Parteileitungen sollten dafür sorgen, daß in die Mitgliederversammlungen der Parteiorganisationen und anderen Beratungen jene offene, kritische und leidenschaftliche Atmosphäre einzieht, die das 13. Plenum des Zentralkomitees unserer Partei charakterisierte.